

BÜCHER AUS BRASILILIEN

Fabiano Santos

Die Verfassung von 1988 und die präsidentiale Republik

Eine Untersuchung von drei Werken über die institutionellen Dilemmata im gegenwärtigen Brasilien

Der Rhythmus der brasilianischen Demokratie wird entsprechend den mit der Verfassung von 1988 begründeten politischen Institutionen von drei unterschiedlichen Faktoren bestimmt: dem *Präsidentialsystem der Koalitionen*, dem *Raub-Föderalismus* und der *Justizialisierung der Politik*. Mit anderen Worten: eine angemessene Analyse des brasilianischen politischen Systems hängt von einer sorgfältigen Untersuchung folgender Fragen ab: a) Wie baut die Exekutivgewalt ihre parlamentarische Basis auf und wie setzt sie ihr Regierungsprogramm um? b) Wie verhalten sich die Bundesstaaten zueinander und gegenüber der Zentralregierung? c) Wie reagiert die Judikative auf rechtliche Schritte von Politikern, wenn diese sich von Maßnahmen der Regierung oder der Legislative geschädigt fühlen, sei es auf Bundes-, bundesstaatlicher oder kommunaler Ebene? Das Verständnis dieser drei Fragen erlaubt es uns, ein komplexes und facettenreiches Bild zu entwerfen, das viele Probleme und Verzerrungen, aber auch eine Reihe von Chancen in sich birgt. Dies ist das Szenario, das mit der Veröffentlichung der folgenden drei Werke aus dem Bereich der brasilianischen Sozialwissenschaften eingeleitet wird: *Exekutive und Legislative in der neuen Verfassungsordnung* von Argelina Cheibub Figueiredo und Fernando Limongi, *Staatsreform und föderativer Kontext in Brasilien* von Fernando Luiz Abrúcio und Valeriano Mendes Ferreira Costa und *Die Justizialisierung der Politik und der sozialen Beziehungen in Brasilien* von Luiz Werneck Vianna, Maria Alice Rezende de Carvalho, Manuel

■ Argelina Cheibub Figueiredo / Fernando Limongi, *Executivo e Legislativo na nova ordem constitucional*, Ed.: Fundação Getúlio Vargas, 1999.

Palacios Cunha Melo und Marcelo Baumann Burgos. Der folgende Text hat zum Ziel, diese drei Arbeiten einer kritischen Untersuchung zu unterziehen und damit zu einem besseren Verständnis der Chancen und Grenzen der politischen Demokratie Brasiliens zu kommen.

■ Exekutive und Legislative im Präsidentsystem der Koalitionen

Seit 1946, also seit dem Ende der Diktatur von Getúlio Vargas und den ersten Erfahrungen Brasiliens mit der Massendemokratie, ist das Verhältnis zwischen der Exekutive und den in der Legislative vertretenen Parteien von einem Präsidentsystem der Koalitionen geprägt. Von der Gewaltenteilung und dem Vielparteiensystem im Kongress ausgehend formiert der Präsident seine parlamentarische Basis durch die Verteilung von Ämtern innerhalb der Exekutive und von Haushaltsmitteln an die großen Parteien, die wiederum die zur Billigung seines Regierungsprogramms nötigen Stimmen garantieren. Im Gegensatz zur heutigen Situation gab es in der Zeit vor dem Militärputsch von 1964 jedoch keine Parteidisziplin, so dass der Präsident keine Garantie hatte, ob er, nachdem einmal die sein Regierungsprogramm tragende Koalition definiert war, auch mit der konsequenten Unterstützung dieser Parteien rechnen konnte, wenn Dinge zur Debatte standen, die für ihn von Interesse waren. Andererseits haben wir es in der Zeit nach der Verabschiedung der Verfassung von 1988 mit einer Regierung zu tun, die über zahlreiche Mittel verfügt, um in den Gesetzgebungsprozess einzugreifen, und mit Parteivorsitzenden, die in der Lage sind, disziplinierend auf das Verhalten der Abgeordneten einzuwirken. Anders ausgedrückt: Wenn die Regierung bereit ist, Ämter und Zuschüsse gegen Stimmen im Parlament einzutauschen und wenn umgekehrt die Parteien bereit sind, Stimmen im Parlament gegen Ämter und Zuschüsse einzutauschen, so weiß der Präsident, dass dieser Pakt mehr oder weniger auch in der Form verwirklicht wird, in der er ursprünglich geschlossen wurde. Das bedeutet, dass die Zahl der Sitze der verbündeten Parteien ungefähr auch der Zahl der Stimmen entspricht, die er für Anträge seines Interesses erhalten wird.

■ Fernando Luiz Abrúcio / Valeriano Mendes Ferreira Costa, *Reforma do Estado e Contexto Federativo Brasileiro*, ed.: Konrad Adenauer-Stiftung, série Pesquisas 1998.

■ Luiz Werneck Vianna, Maria Alice Rezende de Carvalho, Manuel Palacios Cunha Melo und Marcelo Baumann Burgos, *A Judicialização da Política e das Relações Sociais no Brasil*, ed.: Revan, 1999.

■ Vgl. Sérgio Henrique H. Abranches, „Presidencialismo de Coalizão: o Dilema Institucional Brasileiro“, in: *Dados*, 31 (1988), n.1, S. 5-38.

Hier liegt vielleicht der wichtigste Beitrag des Buches *Exekutive und Legislative in der neuen Verfassungsordnung* von Argelina Cheibub Figueiredo und Fernando Limongi. Der Begriff des „Präsidialsystems der Koalitionen“ wird zum ersten Mal in dem wegweisenden Artikel von Abranches (1988) gebraucht; allerdings findet hier keinerlei Diskussion über die in der Macht des Präsidenten und der Parteivorsitzenden stehenden Mittel statt, die es erlauben, den Entscheidungsprozess innerhalb des Parlaments zu beschleunigen und die Möglichkeiten der Exekutivgewalt zur Durchsetzung ihrer Tagesordnung zu erhöhen. Genau zu diesem Ergebnis kommen Figueiredo und Limongi in ihrem Buch. Den beiden Autoren zufolge spielt diese Macht des Präsidenten und der Parteiführer eine wichtige Rolle in der Dynamik des Präsidialsystems der Koalitionen, das zum Ziel hat, die Abwicklung von Regierungsgeschäften durch Dringlichkeitsanträge zu verkürzen, unerwünschte Vorlagen durch Ausschließlichkeitsanträge bei Haushalts- und Steuerangelegenheiten zu verhindern, die Instanzen zur Beurteilung von Vorlagen durch die Schaffung von Sonderkommissionen neu zu definieren und schließlich dem Kongress durch „Provisorische Maßnahmen“¹⁾ die Behandlung derjenigen Themen zu ersparen, für die die öffentliche Meinung besonders empfindlich ist.

Eine Analyse der Daten, die den Umfang von Gesetzesinitiativen der Abgeordnetenversammlung und das Verhalten der Parteien im Plenarium widerspiegeln, lässt keinen Zweifel aufkommen am starken Einfluss der Exekutive auf die von der Legislative gefassten Beschlüsse und an der Disziplin der Abgeordneten gegenüber den Anweisungen ihrer Parteiführung. Eine gnadenlose Diagnose also, die einem Großteil dessen widerspricht, was in den letzten Jahren über die brasilianische Politik veröffentlicht wurde. Diese Argumentation ermöglicht darüber hinaus, ein stabiles politisches System zu zeichnen, das durchaus in der Lage ist, eine öffentliche Politik im Einklang mit dem Willen der legitim gewählten Regierungen und Mehrheiten zu betreiben. Demnach wäre der Präsident die zentrale Instanz dieses Zusammenspiels im Verhalten der politischen Akteure, bzw. der Kongressangehörigen, die ohne dessen Macht, die politische Agenda zu diktieren, der Versuchung er-

1) Artikel 62 der Verfassung von 1988 verfügt, dass der Präsident Dekrete mit Gesetzeskraft, die „Provisorischen Maßnahmen“ erlassen kann, über die innerhalb von 30 Tagen abgestimmt werden muss (Brasil 1988). Für den Fall, dass der Kongress sich nicht erklärt, wird ihre gesetzliche Wirkung annulliert. Da jedoch eine Erneuerung des Erlasses zulässig ist, bedeutet dies, dass die Regierung ein wichtiges strategisches Mittel in der Hand hat. Entscheidungen ohne die ausdrückliche Unterstützung der Legislative zu treffen, indem sie das zur Abstimmung notwendige Quorum verhindert und die Provisorische Maßnahme unaufhörlich neu erlässt.

liegen würden, ihre Sonderinteressen auf radikalere Weise zu verteidigen. Dennoch ist es legitim zu fragen, zu welchem Preis die Stabilisierung des Zusammenspiels zwischen Exekutive und Legislative zustande kommt. Wenn es einerseits wahr ist, dass der jetzige institutionelle Rahmen das Aufkommen von Krisen im Sinne einer Lähmung der Beschlussfähigkeit verhindert, so ist es andererseits zutreffend, dass die Mehrheit der Kongressabgeordneten eine extrem reduzierte Rolle beim Einbringen von Gesetzesinitiativen spielt.

■ **Die Bundesstaaten, der Bund und die Praxis des Raub-Föderalismus**

Die jüngste Geschichte Brasiliens ist von zwei entscheidenden Prozessen gekennzeichnet: der Redemokratisierung im politischen und der Rezession im wirtschaftlichen Bereich. Die Redemokratisierung hat die Macht der Legislative im föderalen Entscheidungsprozess gestärkt und die Gouverneure zu zentralen politischen Akteuren innerhalb des politischen Systems befördert. Die Rezession ihrerseits hat die finanzielle Situation im öffentlichen Bereich verschlimmert und eine Haushaltssanierung auf den Ebenen des Bundes, der Bundesstaaten und der Kommunen notwendig gemacht. Der wichtigste Beitrag der Untersuchung *Staatsreform und föderativer Kontext in Brasilien* von Fernando Abrúcio und Valeriano Mendes Ferreira Costa besteht darin, gezeigt zu haben, auf welche Weise die Verbindung von Demokratie und wirtschaftlicher Krise ein Phänomen begünstigt haben, das die Autoren als „Raub-Föderalismus“ bezeichnen.

Die allgemeinen Kennzeichen des brasilianischen Föderalismus, wie er sich von der Verfassung von 1988 an entwickelt, werden von Abrúcio und Ferreira Costa auf folgende Weise definiert:

- a) der relative Anteil des Bundes an den gesamten verfügbaren Einnahmen in den drei Ebenen der staatlichen Ordnung ist um 17 Prozent gefallen, während der der Bundesstaaten und Gemeinden um jeweils 26 und 70 Prozent gewachsen ist;
- b) die Föderation ist multipolar geworden: wenn sich bis zu den achtziger Jahren das dynamische Zentrum der brasilianischen Wirtschaft im Südosten,

hauptsächlich im Bundesstaat São Paulo, konzentrierte, so verläuft die wirtschaftliche Erholung nach dem „verlorenen Jahrzehnt“ der achtziger Jahre in dezentralisierterer Form und verleiht anderen Bundesstaaten und Großregionen ein größeres Gewicht;

- c) die Schwäche der Mechanismen zur Korrektur regionaler Ungleichheiten; trotz der relativen Dezentralisierung der wirtschaftlichen Macht während der neunziger Jahre sind die wirtschaftlichen Disparitäten weiterhin extrem;
- d) das Fehlen von Einrichtungen zur Koordinierung der Regierungsaktivitäten auf bundesstaatlicher Ebene sowie von Regelungen, die die Kooperation unter den Bundesstaaten fördern könnten.

Die Verbindung dieser Charakteristiken hat das hervergebracht, was die Autoren als „Raub-Föderalismus“ bezeichnen. Damit ist ein Szenario gemeint, in dem die Regierenden der einzelnen Bundesstaaten versuchen, deren soziale und wirtschaftliche Probleme zunächst durch eine höhere Verschuldung zu lösen, um zu einem späteren Zeitpunkt den Bund zu drängen, diese Schulden zu übernehmen. Nach Ansicht der Autoren ist ein solches Verhalten Ergebnis eines fehlenden Koordinierungssystems, das föderalistische Kooperationspraktiken fördern würde. Denn es hat überhaupt keinen Sinn, wenn ein Gouverneur einseitig Kooperationsbereitschaft zeigt, indem er z.B. Personalausgaben und Investitionen einschränkt, alle anderen aber oder wenigstens ein großer Teil der anderen Bundesstaaten nicht dasselbe tun. Auf diese Weise unterlassen es die Bundesstaaten, ihren Beitrag zu den Bemühungen um eine Sanierung der öffentlichen Finanzen zu leisten, und zwar infolge eines offensichtlichen Dilemmas: durch das Fehlen von Mechanismen, die die Kooperation erzwingen, weiß jeder Gouverneur, dass es das Beste ist, nicht zu kooperieren.

Die Entwicklung dieses Szenariums beschrieben zu haben, ist einer der Verdienste des Buches *Staatsreform und föderativer Kontext in Brasilien*. Wie oben schon beschrieben, muss der Präsident, damit er für sein Regierungsprogramm eine Mehrheit bekommt, durch die Verteilung von Ministerien an die großen Parteien Koalitionen im Parlament bilden. Abrúcio und Ferreira Costa machen jedoch deutlich,

dass das Befolgen der mit der Exekutive getroffenen Abmachungen in den ersten Jahren der „Neuen Republik“ von der Koordinierungsarbeit der Gouverneure gegenüber den Bundesabgeordneten aus ihren Bundesstaaten abhing. Folge dieser Zusammenarbeit war, dass die Gouverneure im Gegenzug nicht nur die Übertragung der öffentlichen Schulden von den Bundesstaaten auf den Bund, sondern auch Haushaltsmittel zugunsten ihrer Gebiete einforderten und so ihre politische Machtstellung im eigenen Bundesstaat zu wahren versuchten.

Mit der Rezession der neunziger Jahre erlitten die Finanzen der Bundesstaaten jedoch einen tiefgehenden Einbruch. Zum überzogenen Anwachsen der Personalausgaben beim öffentlichen Dienst kam die Einstellung der Finanzleistungen des Bundes und des Auslands in den Bundesstaaten. Dies zwang die Gouverneure, auf zwei Instrumente zurückzugreifen, um den Rhythmus der Investitionen beizubehalten: die Verschuldung bei den eigenen bundesstaatlichen Banken und die Anwerbung von Unternehmen durch das Zugeständnis steuerlicher Vorteile. Natürlich hat ein solches Vorgehen die finanzielle Situation vor Ort nur noch verschlimmert, solange die Gouverneure auf die alte Lösung der Übertragung der Schulden auf den Bund vertrauten.

Das Modell des „Raub-Föderalismus“ ging mit der Währungsstabilisierung im Rahmen des *Plano Real* und der daraus folgenden Bezwingung des inflationären Prozesses zu Ende. Von diesem Moment an sind die brasilianischen Bundesstaaten innerhalb des föderalen Systems sehr geschwächt worden. Die Abhängigkeit der Gouverneure von der Zentralregierung, wenn es darum geht, Minimalvereinbarungen zur Tilgung der Schulden ihrer Bundesstaaten abzuschließen – dazu das anhaltende Fehlen von Kooperationsmechanismen unter den Bundesstaaten, die gemeinsame Lösungen und damit eine Stärkung der Föderation erlauben würden – führen zu einem Fortdauern des individualistischen Verhaltens unter den Mitspielern des brasilianischen Föderalismus und verhindern die Verwirklichung einer der Haupteinrichtungen der brasilianischen Demokratie: des Föderalismus und seines Potenzials, die politische Machtausübung durch die Zentralregierung zu kontrollieren.

■ Die Justizialisierung der Politik als Praxis der *checks-and-balances* in Brasilien

Die exzessive Übertragung der Entscheidungsgewalt auf die Exekutive hat in Brasilien, wie auch in anderen Teilen der Welt, zum Rückgriff auf andere Mittel zur Kontrolle der Regierung geführt. Der Angriff auf die Rechte der Minderheiten und das Fehlen von Regelungen für die Rechte der Mehrheiten rufen im Land dasselbe Gefühl der Schutzlosigkeit hervor, das durch die Machtlosigkeit der traditionellen Institutionen der liberalen Demokratie verursacht wird, wie z.B. die Beschneidung der Rechte der Parteien und des Parlaments gegenüber der Politik der Regierung im Namen der wirtschaftlichen Effizienz. Wenn aber die Justiz der zur Kontrolle der Regierung mobilisierte Akteur ist und sich diese Kontrolle vermittels der Überprüfung eines Gesetzes auf seine Verfassungsmäßigkeit abspielt, dann haben wir es mit dem Phänomen der „Justizialisierung“ der Politik zu tun. Die Untersuchung dessen, wie sich dieses Phänomen in Brasilien manifestiert, ist das Ziel des Buches *Die Justizialisierung der Politik und der sozialen Beziehungen in Brasilien* von Luiz Werneck Vianna, Maria Alice Rezende de Carvalho, Manuel Palacios da Cunha Melo und Marcelo Baumann Burgos.

Das Buch zeigt, inwieweit die Verfassung von 1988 eine Erneuerung innerhalb der juristischen Tradition Brasiliens darstellt, nachdem sie das Instrument der direkten Verfassungsbeschwerde in ihren Text aufgenommen hat. Durch sie können Gouverneure, Staatsanwälte, Parteien und zivile Verbände das Oberste Bundesgericht anrufen, um die Geltung von aus dem politischen System hervorgehenden Handlungen, Beschlüssen und Gesetzen in Frage zu stellen. Diese Akteure, die mit dem Vorrecht ausgestattet sind, die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze über eine Verfassungsbeschwerde überprüfen zu lassen, bilden die sogenannte Gemeinschaft der Verfassungsausleger. Durch Eingriffe in den gesetzgeberischen Prozess wird die Judikative ihrerseits, genauer gesagt das Oberste Bundesgericht, zum Beteiligten an den Gesetzgebungsaktivitäten. Daraus ergibt sich ein Phänomen, das als institutionelles Paradoxon Brasiliens bezeichnet werden kann. Einerseits bedeutet die direkte Beteiligung der Richter an der Ausar-

beutung von Gesetzen eine klare Unterwanderung desjenigen demokratischen Prinzips, demzufolge die Gesetze vom Souverän gemacht werden, welcher wiederum kein anderer als die durch Volksabstimmung gewählte Körperschaft, d.h. das Parlament, sein kann. Andererseits arbeitet die Legislative im historischen Kontext Brasiliens – und übrigens auch in anderen Teilen der Erde – mit der Exekutive zusammen oder ordnet sich dieser unter und handelt somit dem öffentlichen Interesse und den Rechten von Minderheiten zuwider. Dies bedeutet, dass die Judikative aufhört, auch eine Schutzeinrichtung der Gesellschaft gegen ein bedrohliches politisches System zu sein.

Die in dem Buch von Werneck Vianna et al. geleistete empirische Analyse ist sowohl einfach als auch definitiv. Als erstes lässt sich beobachten, dass das Mittel der Verfassungsbeschwerde zunächst von den Gouverneuren entdeckt wurde, die es im Wesentlichen dazu benutzt haben, die Missbräuche in den einzelnen bundesstaatlichen Parlamenten einzudämmen. In einer späteren Phase gingen die Gouverneure nicht mehr vor das Oberste Bundesgericht. Dieses Mittel wurde nun von den Linksparteien benutzt, um die von der Bundesregierung betriebene, marktwirtschaftlich ausgerichtete Politik zu blockieren. Seit diesem Zeitpunkt sind Verfassungsbeschwerden allgemein üblich: Staatsanwälte, Parteien und bürgerliche Vereinigungen unternehmen systematisch Versuche, die vom Parlament gebilligten Gesetze und die von der Regierung unterzeichneten Beschlüsse zu modifizieren.

Die Antwort des Obersten Bundesgerichts auf die Verfassungsbeschwerden werden ebenfalls in dem Buch *Die Justizialisierung der Politik...* untersucht. Es lässt sich feststellen, dass das Gericht äußerst vorsichtig mit seinem Recht umgeht, die Handlungen der Regierung einzuschränken. Selten kommt es zu einem endgültigen Urteil in einer Plenarsitzung. In den weitaus meisten Fällen wird die Kontrolle durch gerichtliche Verfügungen endlos aufrechterhalten, d.h. sie ist eine Art „Provisorische Maßnahme“ mit umgekehrten Vorzeichen. Wie auch immer – das politische System Brasiliens stützt sich auf das mächtige Instrument der *checks and balances*, dessen Gebrauch bereits Teil der von der Verfassung von 1988 in Gang gesetzten politischen Dynamik ist.

Seine Konsequenzen für ein gutes Funktionieren der Republik stehen auf einem anderen Blatt.

■ **Schlussfolgerung**

Die Lektüre der drei oben untersuchten Werke bietet dem Leser einen ziemlich umfassenden Überblick über das politische System Brasiliens, wie es sich unter der Ägide der Verfassung von 1988 entwickelt hat. Die brasilianische Politik ist zweifellos komplex und zu ihrem Verständnis ist mehr als nur eine einzige Diagnose notwendig. Die Malaisen der nationalen Parteienlandschaft, das Problem der fehlenden Kooperation unter den Akteuren der Föderation sowie die Frage des Schutzes von Rechten sind in ein und dasselbe Netz von Institutionen und sozialen Praktiken verwoben.

Die Analyse des Präsidentsystems der Koalitionen macht deutlich, wie sehr das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative vom Präsidenten von oben herab organisiert wird. Die Koordinierung der großen Parteien im Kongress wird dem Präsidenten in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Parteiführung übertragen, und zwar durch die Verteilung von Ämtern innerhalb des Staatsapparates, durch den Erlass von „Provisorischen Maßnahmen“, Dringlichkeitsanträgen und anderen Verfahrensmechanismen. Die Beteiligung des Gesetzgebers an der Schaffung von Gesetzen sowie die Möglichkeit des Parlaments, als Schutzschild gegen Missbräuche der Regierung zu dienen, sind beschränkt. Das Präsidentsystem der Koalitionen führt zu einem Aufgehen der Legislative in der Regierung, was zu einer Verzerrung von deren aktiver Rolle führt, wie sie von einer Präsidentsrepublik zu erwarten wäre.

Nun ist es so, dass das Zustandekommen einer breiten Unterstützung im Kongress von der Zusammenarbeit der Gouverneure der großen Bundesstaaten abhing. Darüber hinaus hat die Verfassung von 1988 einen beträchtlichen Teil des Steueraufkommens auf die Bundesstaaten und Gemeinden übertragen. Das bedeutet, dass die Bundesstaaten notwendigerweise zu Partnern der nationalen Politik geworden sind. Und genau hier beginnt die Dynamik des „Raub-Föderalismus“. Der Streit der Parteien auf regionaler Ebene führte bei den Gouverneuren in der Zeit von 1985 bis 1995 etwa dazu, verantwortungslose Verhaltensweisen an den Tag zu legen. Die

Abhängigkeit des Präsidenten von der Zusammenarbeit mit den Gouverneuren bei der Formierung einer Unterstützungsfront im Parlament gab ihnen die Gewissheit, dass die Bundesregierung irgendwann die Probleme der bundesstaatlichen Verschuldung lösen würde. Seit der Währungsreform und der Geldstabilisierung gibt es diese Möglichkeit nun nicht mehr, so dass sich die Gouverneure in einer extrem schwachen Position gegenüber dem Bund befinden. Auf diese Weise praktizieren wir weiterhin einen abgeschwächten Föderalismus, mit einer zu großen Machtkonzentration bei der Zentralregierung, was einmal mehr die Kontrolle der Regierungsgewalt erschwert.

Sollte es denn in der brasilianischen Republik keine Institution geben, die vor dem Einfluss der Zentralregierung Schutz bieten würde? Die Justizialisierung der Politik ist sicher keine Antwort. Tatsächlich hat sich das Oberste Bundesgericht, herausgefordert von den systematischen Klagen gegen die Verfassungswidrigkeit der Regierungshandlungen, in dem Sinne verhalten, dass Rechte von Minderheiten und Interessen von Mehrheiten geschützt wurden, welche sich durch Dekrete, Reglementierungen und wirtschaftliche Programme, wie sie von den aufeinander folgenden Administrationen erlassen und in die Praxis umgesetzt wurden, beeinträchtigt fühlten. Auf diese Weise greift jedoch die Judikative am Ende direkt in den Prozess der Gesetzgebung ein, ohne dafür ein Mandat zu haben. Außerdem interveniert sie direkt in das politische Leben der Föderation, indem sie die Rolle eines Schiedsrichters bei den Konflikten zwischen der Exekutive und den Minderheitsparteien im Parlament, zwischen den Gouverneuren und den Mehrheiten in den bundesstaatlichen Parlamenten, zwischen Gouverneuren und Zentralregierung, zwischen den Gouverneuren untereinander und zwischen Präfekten und Gouverneuren übernimmt.

Die Lektüre der drei hier angezeigten Werke ist bereichernd und besorgniserregend zugleich. Zwar erweitert der Leser seine Kenntnisse über die von der Verfassung von 1988 geschaffenen Institutionen, allerdings um den Preis der Schlussfolgerung, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben, bevor wir die so lange erträumte präsidentiale demokratische Republik erreicht haben werden.

Der Text wurde von Georg Otte aus dem Portugiesischen übersetzt.